

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn,
Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/2762 –**

Rückkehrprogramm Starthilfe Plus

Vorbemerkung der Fragesteller

In Ergänzung des Bund-Länder-Programms Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG) Government Assisted Repatriation Programme (GARP) führte die Bundesregierung am 1. Februar 2017 in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das Rückkehrförderprogramm „Starthilfe Plus“ ein. Für die Finanzierung dieses Programms hat der Bund für das Jahr 2017 zusätzlich 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Der damalige Bundesminister des Inneren Dr. Thomas de Maizière erklärte, dass durch das Programm „Starthilfe Plus“ die Zahl der freiwilligen Ausreisen durch Ausreisepflichtige „signifikant erhöht“ werden solle (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/01/starthilfe-plus.html). Im Unterschied zu den REAG/GARP-Programmen werden bei „Starthilfe Plus“ Prämien bei Rücknahme des Asylantrags angeboten. Das Programm hat vier Stufen:

Stufe 1: Rückkehrende erhalten 1 200 Euro, wenn sie noch vor Abschluss des Asylverfahrens freiwillig zurückkehren.

Stufe 2: Rückkehrende erhalten 800 Euro, wenn sie innerhalb der gesetzten Ausreisefrist die verbindliche Entscheidung treffen, auszureisen und auf Rechtsmittel verzichten.

Stufe S: Rückkehrende erhalten 800 Euro, wenn sie nach deutschem Recht schutzberechtigt sind und mit „Starthilfe Plus“ in ihr Herkunftsland zurückkehren. Anders als die anderen Stufen gilt die Stufe S für alle Staatsangehörigkeiten im Rahmen von REAG (www.bamf.de/DE/Rueckkehr/Rueckkehrprogramme/StarthilfePlus/starthilfeplus.html).

In der vorübergehend geltenden Stufe Ü (bis 31. Dezember 2017) erhielten Rückkehrende 800 Euro, wenn sie vor dem 1. Februar 2017 in Deutschland registriert wurden und vor dem 1. August 2017 entweder vollziehbar ausreisepflichtig waren oder eine Duldung hatten oder einen Asylfolge- bzw. Asylweitantrag gestellt haben. Die Antragstellerinnen und Antragsteller mussten alle

ggf. gestellten Anträge, Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel, die auf Gewährung von Asyl, Sicherung des Verbleibs in Deutschland oder eine Einreise nach Deutschland gerichtet sind, zurücknehmen, um die Förderung zu erhalten (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/01/starthilfe-plus.html).

Ab dem 1. Januar 2018 wurde für Personen aus Albanien und Serbien zusätzlich Stufe D eingeführt. Wenn sie seit mindestens zwei Jahren in Deutschland geduldet (Langzeitduldung) sind und mit „Starthilfe Plus“ in ihr Herkunftsland zurückkehren, erhalten sie eine einmalige finanzielle Unterstützung von 500 Euro sowie Reintegrationsunterstützung in Form von Sachleistungen, u.a. Wohnkosten bis zu 2 000 Euro für Familien bzw. bis zu 1 000 Euro für Einzelpersonen, medizinische Kosten bis zu 3 000 Euro für Familien bzw. bis zu 1 500 Euro für Einzelpersonen (<http://germany.iom.int/de/starthilfeplus>).

Darüber hinaus kann eine Familie zusätzlich 500 Euro erhalten, wenn mehr als vier Familienmitglieder gemeinsam mit „Starthilfe Plus“-Antrag ausreisen. Die Auszahlung der „Starthilfe Plus“ erfolgt in zwei Schritten. Die erste Hälfte wird gleichzeitig mit der einfachen Starthilfe nach REAG/GARP bei der Ausreise am Flughafen ausgezahlt und die zweite Hälfte sechs bis acht Monate später durch die IOM im Herkunftsland. Kinder unter zwölf Jahren erhalten die Hälfte der Fördersumme (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/01/starthilfe-plus.html).

Bis zum 28. Februar 2018 konnten Rückkehrende eine zusätzliche Reintegrationsunterstützung beantragen. Familien konnten Sachleistungen zum Beispiel für Miete, Bau- und Renovierungsarbeiten oder die Grundausstattung für Küche oder Bad im Wert von bis zu 3 000 Euro beantragen, Einzelpersonen im Wert von bis zu 1 000 Euro. Der Antrag für die Reintegrationsunterstützung mit dem Namen „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“ wird zusammen mit dem „Starthilfe Plus“-Antrag gestellt. Die konkrete Form der Unterstützung stimmen Rückkehrende nach ihrer Rückkehr mit der IOM im Zielland ab. Personen, die in der Stufe S gefördert werden sowie Personen, die in ein aufnahmeberechtigtes Drittland weiterwandern, können keine Reintegrationsunterstützung im Bereich Wohnen erhalten.

Das „Starthilfe Plus“-Programm richtet sich auch an Menschen aus Kriegsgebieten wie Syrien und Ländern wie Eritrea, die in Asylverfahren sehr hohe Erfolgsaussichten haben (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2017/starthilfe-plus-merkblatt.pdf;jsessionid=B81980196632C878326F83F3E2543CC2.1_cid373?__blob=publicationFile&v=1). Das Programm „Starthilfe Plus“ wurde daher immer wieder auch von Menschenrechtsorganisationen als „Hau ab!-Prämie“ kritisiert (www.migazin.de/2017/01/30/hau-praemien-innenministerium-rueckkehrpraemien-fluechtlinge/).

1. Wie viele Menschen aus welchen Ländern nahmen eine Unterstützung nach REAG/GARP in Anspruch (bitte quartalsweise für die Jahre 2015, 2016, 2017, ersten Quartal 2018 sowie nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Insgesamt sind in den Jahren 2015 bis 2018 (Stand: 31. März 2018) rund 123 500 Personen mit dem Bund-Länder-Programm REAG/GARP freiwillig in ihr Herkunftsland zurückgekehrt oder in einen aufnahmeberechtigten Drittstaat weitergewandert. Der Anlage 1 ist die quartalsweise Aufstellung der mittels REAG/GARP geförderten freiwilligen Ausreisen für die Jahre 2015, 2016, 2017 nach Staatsangehörigkeit (unabhängig vom Zielland) und für das erste Quartal 2018 zu entnehmen.

2. Wie viele Menschen aus welchen Ländern nahmen im Jahr 2017 und im ersten Quartal 2018 das Programm „Starthilfe Plus“ in Anspruch (bitte nach Ländern und Stufen sowie quartalsweise aufschlüsseln)?

Die zusätzliche finanzielle Unterstützung, die das Programm StarthilfePlus ergänzend zu REAG/GARP gewährt, wurde seit Programmbeginn im Februar 2017 insgesamt 11 618 Personen bewilligt.

Die Anlage 2 enthält die Anzahl der bestätigten Fälle für das Jahr 2017 und für das erste Quartal 2018 aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit sowie nach Förderstufen.

3. Wie viele der Berechtigten haben die Auszahlung der zweiten Marge im Rahmen des „Starthilfe Plus“-Programms in Anspruch genommen (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Im Jahr 2017 haben von den 10 000 mit StarthilfePlus geförderten insgesamt 6 348 Personen (siehe Anlage 3) die zweite Rate im Zielland in Anspruch genommen; hierbei ist zu beachten, dass es sich um vorläufige Zahlen handelt, da der Buchungsprozess für die Auszahlung der zweiten Rate 2017 noch nicht abgeschlossen ist.

- a) Welche Voraussetzungen müssen für die Auszahlung der zweiten Marge erfüllt sein?

Für die Auszahlung der zweiten Marge muss der Antragsteller innerhalb von sechs bis acht Monaten nach der Ausreise aus Deutschland bei der jeweiligen Vertretung von IOM mit einem entsprechenden Nachweis über die Eröffnung eines Bankkontos im jeweiligen Zielland vorsprechen.

- b) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Gründe, wenn Rückkehrer die Auszahlung der zweiten Marge nicht beantragen?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über Gründe der Nichtbeantragung der zweiten Rate vor.

- c) Wie oft, in welchen Fällen und aus welchen Gründen wurde die Auszahlung der zweiten Marge verweigert?

Inwiefern sind Rechtsmittel gegen die Auszahlung der zweiten Marge möglich?

Eine Statistik über die Anzahl der Fälle, in denen bisher die Auszahlung der zweiten Marge verweigert wurde, liegt hier nicht vor. Grundsätzlich wird die Auszahlung nur dann verweigert, wenn die geförderten Rückkehrer sich nicht innerhalb der vorgegebenen Frist mit der IOM-Mission im Zielland in Verbindung setzen.

In begründeten Ausnahmefällen (z. B. bei Erkrankung) können abweichende Einzelfallregelungen getroffen werden.

Auf die Hilfen des Programms StarthilfePlus besteht kein Rechtsanspruch, somit hat der Antragsteller tatsächlich kein Widerspruchs- oder Klagerecht, um im genannten Kontext gegen eine abschlägige Entscheidung vorzugehen.

- d) Gibt es in allen im „Starthilfe Plus“-Programm inkludierten Ländern entsprechende Vertretungen, bei denen die zweite Marge der Mittel an die ausgereiste Person ausgezahlt werden kann?

Nach Kenntnissen der Bundesregierung gibt es in jedem Zielland, bis auf die palästinensischen Autonomiegebiete (hier erfolgt die Auszahlung in Jordanien), mindestens eine Vertretung der IOM, die die Auszahlung organisiert.

- e) Welche Einrichtungen und Institutionen übernehmen in den Herkunftsländern die direkte Auszahlung der Mittel aus dem „Starthilfe Plus“-Programm, und wie wird diese kontrolliert (bitte detailliert auführen)?

In den Herkunftsländern bzw. Zielländern erfolgt die Auszahlung der Mittel aus dem „StarthilfePlus“-Programm an den jeweiligen Antragsteller ausschließlich über IOM per Banküberweisung auf das jeweilige Konto. Die Kontrolle der einzelnen Auszahlungen erfolgt im Rahmen der jeweiligen Buchprüfung.

4. Warum erfolgt ein Teil der Auszahlung der Mittel an die Rückkehrerinnen und Rückkehrer erst nach sechs Monaten?

Die Auszahlung der zweiten Marge erst nach sechs Monaten im jeweiligen Zielland soll einen dauerhaften Verbleib der Rückkehrer und Rückkehrerinnen sowie ihre nachhaltige Reintegration erleichtern.

5. Wie und nach welchen Kriterien ist die Liste der Länder, für die das „Starthilfe Plus“-Programm gilt, bzw. die ihr zugrunde liegende REAG/GARP Länderliste zustande gekommen?

Bund und Länder stimmen unter migrationspolitischen Gesichtspunkten die aktuell 45 Zielstaaten umfassende GARP-Länderliste regelmäßig miteinander ab. In diesen Staaten bestehen häufig erschwerte Lebensbedingungen, die zu größeren Migrationsaufkommen führen.

Hilfen im Rahmen des Programms StarthilfePlus knüpfen daran an und sollen die freiwillige Rückkehr und anschließende Reintegration der Rückkehrer im Zielland finanziell unterstützen.

6. Wie begründet die Bundesregierung die Zahlung von Rückkehrhilfen an Menschen aus Kriegsgebieten wie dem Irak, Somalia oder Syrien, wenn Asylanträge zurückgenommen werden, und was entgegnet die Bundesregierung der Kritik, Schutzsuchende würden so dazu angehalten, Menschenrechte gegen Geld einzutauschen (www.proasyl.de/news/grundrecht-im-ausverkauf-bundesregierung-will-fuer-verzicht-auf-asyl-zahlen/)?

Für die Bundesregierung steht die Förderung der freiwilligen Rückkehr an erster Stelle. Die Beantragung von Hilfen zur freiwilligen Rückkehr und die letztendliche Inanspruchnahme liegt in der eigenen Verantwortung der Rückkehrenden. Das gleiche gilt für eine freiwillige Rückkehr in ein Krisengebiet und die Rücknahme des Asylantrages.

Rückkehrwillige Personen können sich vorab individuell, umfassend und kostenlos über rechtliche Rahmenbedingungen, Folgen und Unterstützungsmöglichkeiten in den Rückkehrberatungsstellen beraten lassen. Bund und Länder beteiligen sich dann an den Kosten einer freiwilligen Ausreise und ggf. an Reintegrationsmaßnahmen.

Die betroffenen freiwilligen Rückkehrer haben eigenverantwortlich eine Entscheidung über ihr Leben getroffen, die in aller Regel auch auf Erkenntnisquellen aus ihrem damaligen Umfeld fußen dürften. Hierüber ein moralisches Urteil fällen zu wollen, ohne die Umstände des Einzelfalls zu kennen, erscheint unangemessen.

7. Auf welche Weise ist die Höhe der Zahlungen im „Starthilfe Plus“-Programm zustande gekommen, und inwiefern wurde in diesem Kontext den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den jeweiligen Fluchtländern Rechnung getragen?

Mit den Hilfen des Programms StarthilfePlus sollen insbesondere Personen mit geringen Bleibeperspektiven für eine zeitnahe, freiwillige Ausreise motiviert werden; die Höhe der jeweiligen Zahlungen berücksichtigt dabei ein anfänglich notwendiges Starthilfepaket. Eine Differenzierung der Hilfen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenshaltungskosten ist auf Grund der Vielzahl der Zielländer daher nicht zielführend.

8. Wie begründet die Bundesregierung die Staffelung der Auszahlung der Starthilfe nach Stufen?

Wie begründet die Bundesregierung, dass Personen, die ihren Asylantrag zurücknehmen oder auf Rechtsmittel verzichten, höhere Zahlungen erhalten, vor dem Hintergrund der von eventuell in Deutschland eingelegten Rechtsmitteln unabhängigen Lebenshaltungs- und Existenzgründungskosten im Herkunftsland?

Die Bundesregierung beabsichtigt mit der Staffelung der Hilfen nach Stufen hier insbesondere einen Anreiz für Personen mit geringen Bleibeperspektiven zu setzen. Daher wird bei frühzeitiger freiwilliger Ausreise (vor Beendigung des Asylverfahrens) eine höhere finanzielle Unterstützung gewährt.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Rückkehrerinnen und Rückkehrer, die aufgrund der Situation in den Herkunftsländern nach ihrer Rückkehr Schaden erlitten oder erneut fliehen mussten?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

10. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem bisherigen Verlauf des „Starthilfe Plus“-Programms?

Allein im Jahr 2017 haben 10 000 Rückkehrer und Rückkehrerinnen Hilfen über das Programm „StarthilfePlus“ in Anspruch genommen. Zur Förderung der freiwilligen Rückkehr hier einen zusätzlichen finanziellen Anreiz zu setzen, war und ist das Ziel der Bundesregierung. Neben sonstigen Förderprogrammen (z. B. REAG/GARP) bietet dieses Rückkehrhilfeprogramm eine sinnvolle Ergänzung zu den erhöhten Ausgaben nach der freiwilligen Rückkehr.

Eine Weiterentwicklung dieses Programms ist gegenwärtig in Vorbereitung.

11. Inwiefern war das am 28. Februar 2018 ausgelaufene Projekt zur „Reintegrationsunterstützung Wohnen“ aus Sicht der Bundesregierung ein Erfolg, und welche Konsequenzen zieht sie aus dem Verlauf?

Sind Nachfolgeprojekte oder ähnlich gelagerte neue Projekte in Planung?

Die im Rahmen der drei Monate währenden Aktion „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“ gewährte Reintegrationsunterstützung im Bereich Wohnen wurde von 1 565 Rückkehrerinnen und Rückkehrern in Anspruch genommen. Das sieht die Bundesregierung als beachtlichen Erfolg an.

Gezielte Unterstützung bei Wohnbedarf stellt eine wichtige Hilfe für eine dauerhafte und nachhaltige Rückkehr in das Herkunfts- oder Zielland dar. Diesen Zusatzanreiz haben zahlreiche Beratungsstellen als sehr sinnvoll angesehen und dazu genutzt, ausreisepflichtigen Personen bei einer freiwilligen Rückkehr eine nachhaltige Perspektive im Herkunftsland aufzuzeigen.

Eine mögliche Neuauflage dieses Förderansatzes befindet sich noch im Abstimmungsprozess.

12. Wie viele Personen aus welchen Herkunftsländern konnten im ersten Quartal 2018 Stufe D des „Starhilfe Plus“-Programms nutzen?

Im ersten Quartal 2018 haben 26 albanische und 37 serbische Staatsangehörige Leistungen der Stufe D in Anspruch genommen.

Anlage 1
1.1 REAG-/GARP-Programm 2015

Bewilligte Fälle
Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
01/01/2015 – 31/12/2015

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	GESAMT
Afghanistan	14	30	50	215	309
Ägypten	14	16	10	15	55
Albanien	300	733	2.686	7.659	11.378
Algerien	9	6	15	7	37
Angola	2	3	0	2	7
Armenien	42	42	43	67	194
Aserbaidshjan	25	34	50	29	138
Äthiopien	4	5	7	7	23
Bangladesch	2	1	0	8	11
Bosnien und Herzegowina	449	464	430	356	1.699
Brasilien	2	2	2	1	7
Bulgarien	4	5	7	7	23
Burkina Faso	0	0	1	0	1
Chile	0	1	0	0	1
China, Volksrepublik	44	31	32	34	141
Dominikanische Republik	0	0	1	0	1
Ecuador	0	2	3	1	6
Eritrea	0	2	0	1	3
Gambia	0	2	1	2	5
Georgien	147	109	165	145	566
Ghana	11	8	5	5	29
Guatemala, Republik	1	0	0	0	1
Guinea, Republik	1	4	2	1	8
Indien	25	40	28	21	114
Irak	60	56	107	500	723
Iran, Islamische Republik	58	56	54	213	381
Jamaika	0	1	1	1	3
Jemen	3	0	0	0	3
Jordanien	9	7	8	8	32
Kamerun	0	3	2	1	6
Kasachstan	1	7	8	3	19
Kenia	3	1	4	1	9

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	GESAMT
Kirgisistan	6	1	1	2	10
Kolumbien	0	4	0	1	5
Kongo	0	1	0	0	1
Kongo, Demokratische Republik	0	0	1	0	1
Korea, Republik	0	0	1	0	1
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	601	3.133	2.641	1.651	8.026
Kuba	0	0	2	0	2
Libanon	5	10	12	33	60
Libyen	0	0	1	0	1
Madagaskar	1	0	1	0	2
Malaysia	1	0	1	0	2
Marokko	5	1	6	7	19
Mauretanien	0	2	0	0	2
Mauritius	0	0	1	0	1
Mazedonien, ehem. jug. Republik	589	650	790	872	2.901
Mexiko	0	0	1	0	1
Moldau, Republik	1	4	0	3	8
Mongolei	0	1	0	7	8
Montenegro	38	79	230	288	635
Nepal	1	0	0	1	2
Niger	0	0	1	1	2
Nigeria	8	9	10	13	40
Pakistan	27	47	45	29	148
Palästinensische Autonomiegebiete	3	2	0	10	15
Philippinen	1	0	2	0	3
Polen	0	0	0	1	1
Ruanda	1	0	0	0	1
Rumänien	2	4	2	3	11
Russische Föderation	231	248	198	207	884
Senegal	0	1	5	5	11
Serbien	1.554	1.813	1.455	1.333	6.155
Sierra Leone, Republik	2	0	1	0	3
Somalia	2	1	3	1	7
Sri Lanka	2	5	7	1	15
Südafrika	0	0	1	0	1
Sudan	6	4	8	5	23
Syrien, Arabische Republik	0	1	4	8	13

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	GESAMT
Tadschikistan	16	18	21	21	76
Tansania, Vereinigte Republik	0	1	3	0	4
Tschad	0	0	1	6	7
Tschechische Republik	0	0	2	0	2
Tunesien	9	1	2	3	15
Türkei	22	13	14	6	55
Uganda	1	1	0	0	2
Ukraine	31	48	81	120	280
Ungarn	1	2	0	1	4
Vereinigte Staaten von Amerika	0	2	0	1	3
Vietnam	20	23	9	10	62
Weißrussland	3	12	8	27	50
Gesamt	4420	7813	9294	13987	35.514

1.2 REAG-/GARP-Programm 2016
Bewilligte Fälle

Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
01/01/2016 – 31/12/2016

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Afghanistan	917	1.379	673	354	3.323
Ägypten	17	15	13	8	53
Albanien	4.683	4.438	4.409	3.358	16.888
Algerien	16	56	32	21	125
Angola	0	2	3	0	5
Argentinien	1	0	0	0	1
Armenien	42	56	71	83	252
Aserbaidtschan	43	47	71	76	237
Äthiopien	6	4	7	6	23
Bahrain	0	1	0	7	8
Bangladesch	15	15	9	10	49
Benin	1	1	0	3	5
Bosnien und Herzegowina	512	397	317	222	1.448
Botsuana	0	0	2	0	2
Brasilien	0	2	0	0	2
Bulgarien	1	1	2	4	8
Burkina Faso	1	2	2	1	6
Chile	0	1	0	0	1
China, Volksrepublik	38	30	37	31	136
Dschibuti	0	0	1	0	1
Ecuador	0	0	0	1	1
El Salvador	0	0	0	5	5
Elfenbeinküste	3	0	2	0	5
Eritrea	1	0	1	0	2
Gabun	1	1	0	1	3
Gambia	2	3	1	6	12
Georgien	175	253	179	210	817
Ghana	6	9	9	8	32
Guinea, Republik	5	3	5	3	16
Guinea-Bissau	1	0	0	1	2
Indien	54	50	36	76	216
Indonesien	1	0	0	0	1

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Irak	1.217	2.101	1.377	962	5.657
Iran, Islamische Republik	705	854	505	244	2.308
Israel	0	2	0	0	2
Jordanien	7	12	7	16	42
Kamerun	1	3	1	2	7
Kasachstan	3	6	3	1	13
Kenia	0	0	1	3	4
Kirgisistan	2	1	0	8	11
Kolumbien	0	1	0	0	1
Kongo	1	0	0	0	1
Kongo, Demokratische Republik	0	0	2	0	2
Korea, Republik	0	1	1	6	8
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	1.324	1.670	1.452	902	5.348
Kuba	0	0	0	1	1
Libanon	172	188	189	79	628
Liberia	1	1	0	1	3
Madagaskar	0	0	0	2	2
Malaysia	0	0	5	0	5
Mali	3	1	2	0	6
Marokko	22	47	22	22	113
Mazedonien, ehem. jug. Republik	1.201	1.258	1.173	949	4.581
Moldau, Republik	4	86	107	156	353
Mongolei	1	1	5	1	8
Montenegro	470	397	562	437	1.866
Namibia	0	0	1	0	1
Nepal	0	1	0	2	3
Nicaragua	0	0	0	1	1
Niger	2	0	0	0	2
Nigeria	23	23	22	15	83
Pakistan	0	1	77	85	163
Palästinensische Autonomiegebiete	6	16	6	6	34
Peru	1	0	1	0	2
Philippinen	0	0	1	3	4
Polen	1	0	0	0	1
Rumänien	3	0	1	0	4
Russische Föderation	176	357	285	316	1.134
Senegal	5	7	4	10	26

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Serbien	1.564	1.869	1.690	1.043	6.166
Sierra Leone, Republik	0	1	0	0	1
Slowakei	0	0	1	0	1
Somalia	4	2	10	6	22
Spanien	1	0	1	0	2
Sri Lanka	0	4	6	5	15
Sudan	3	10	11	11	35
Syrien, Arabische Republik	10	7	3	5	25
Tadschikistan	12	10	22	31	75
Thailand	0	1	3	1	5
Togo	0	1	2	2	5
Trinidad und Tobago	0	0	1	0	1
Tschad	1	3	1	3	8
Tunesien	8	10	8	6	32
Türkei	14	28	25	22	89
Ukraine	149	450	323	361	1.283
Ungarn	2	0	0	1	3
Usbekistan	0	1	0	1	2
Venezuela, Bolivarische Republik	0	0	0	1	1
Vereinigte Staaten von Amerika	0	0	1	2	3
Vietnam	9	12	19	10	50
Weißrussland	18	12	14	25	69
Gesamt	13.688	16.222	13.835	10.261	54.006

1.3 REAG-/GARP-Programm 2017
Bewilligte Fälle

Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
01/01/2017 – 31/12/2017

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Afghanistan	341	432	184	168	1.125
Ägypten	13	19	13	17	62
Albanien	2.817	1.667	1.620	846	6.950
Algerien	33	40	55	49	177
Angola	0	1	3	0	4
Argentinien	1	0	0	0	1
Armenien	41	180	197	169	587
Aserbaidschan	121	149	195	164	629
Äthiopien	4	19	13	14	50
Australien	0	1	0	0	1
Bangladesch	9	19	12	13	53
Benin	1	5	2	2	10
Bosnien und Herzegowina	271	212	202	82	767
Brasilien	1	16	3	5	25
Bulgarien	4	3	0	2	9
Burkina Faso	2	5	0	2	9
Chile	0	1	0	0	1
China, Volksrepublik	30	44	47	55	176
Dschibuti	0	1	1	0	2
El Salvador	0	0	1	2	3
Elfenbeinküste	0	4	2	2	8
Eritrea	0	2	1	2	5
Gambia	10	17	16	5	48
Georgien	165	318	362	249	1.094
Ghana	14	13	24	19	70
Guatemala, Republik	1	0	0	0	1
Guinea, Republik	1	12	8	9	30
Guinea-Bissau	1	1	2	0	4
Honduras	0	1	0	0	1
Indien	57	68	81	65	271
Indonesien	0	1	1	2	4
Irak	757	972	749	381	2.859

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Iran, Islamische Republik	311	275	231	233	1.050
Jamaika	2	0	1	2	5
Jordanien	10	12	13	6	41
Kambodscha	0	1	1	2	4
Kamerun	0	3	0	0	3
Kasachstan	1	14	8	15	38
Kenia	0	4	4	2	10
Kirgisistan	1	6	3	15	25
Kolumbien	1	1	4	6	12
Kongo, Demokratische Republik	0	0	0	1	1
Korea, Republik	4	1	0	3	8
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	505	375	398	171	1.449
Kuba	3	1	2	0	6
Libanon	68	74	119	62	323
Liberia	1	0	0	0	1
Libyen	0	0	0	1	1
Mali	0	2	3	2	7
Marokko	18	21	10	22	71
Mazedonien, ehem. jug. Republik	698	967	772	511	2.948
Mexiko	1	1	2	1	5
Moldau, Republik	192	86	65	48	391
Mongolei	2	21	64	12	99
Montenegro	117	97	144	91	449
Namibia	1	0	0	0	1
Nepal	2	1	0	1	4
Nicaragua	1	0	0	0	1
Niger	0	1	1	1	3
Nigeria	30	61	47	39	177
Pakistan	81	91	114	84	370
Palästinensische Autonomiegebiete	2	9	16	4	31
Paraguay	0	0	2	0	2
Peru	0	1	3	1	5
Philippinen	1	1	2	2	6
Rumänien	0	0	2	2	4
Russische Föderation	288	453	535	373	1.649
Saudi-Arabien, Königreich	6	0	0	1	7
Senegal	4	4	11	10	29

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	Gesamt
Serbien	914	902	696	421	2.933
Sierra Leone, Republik	1	4	1	1	7
Simbabwe	0	0	3	0	3
Somalia	3	7	8	8	26
Sri Lanka	6	2	5	6	19
Südafrika	0	0	1	0	1
Sudan	8	13	10	16	47
Syrien, Arabische Republik	9	7	19	31	66
Tadschikistan	19	42	110	94	265
Tansania, Vereinigte Republik	1	0	0	2	3
Thailand	0	0	1	0	1
Togo	1	2	1	1	5
Tschad	2	1	0	3	6
Tunesien	6	20	13	6	45
Türkei	26	49	70	52	197
Uganda	0	3	1	2	6
Ukraine	232	330	496	302	1.360
Ungarn	1	0	2	0	3
Usbekistan	1	1	1	3	6
Venezuela, Bolivarische Republik	1	0	0	3	4
Vereinigte Staaten von Amerika	0	3	6	2	11
Vietnam	10	15	14	8	47
Weißrussland	38	21	78	52	189
Gesamt	8.325	8.229	7.907	5.061	29.522

1.4 REAG-/GARP-Programm 2018
Bewilligte Fälle

Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
01/01/2018 – 31/03/2018

Staatsangehörigkeit	Q1
Afghanistan	127
Ägypten	18
Albanien	553
Algerien	88
Angola	2
Armenien	111
Aserbaidtschan	185
Äthiopien	4
Bangladesch	26
Benin	3
Bosnien und Herzegowina	76
Botsuana	1
Brasilien	5
Bulgarien	1
Burkina Faso	1
Chile	1
China, Volksrepublik	57
El Salvador	5
Elfenbeinküste	1
Eritrea	4
Gambia	16
Georgien	215
Ghana	15
Guatemala, Republik	1
Guinea, Republik	11
Indien	85
Irak	445
Iran, Islamische Republik	160
Israel	1
Jamaika	3
Jordanien	7
Kamerun	1

Staatsangehörigkeit	Q1
Kanada	1
Kasachstan	7
Kenia	5
Kirgisistan	1
Kolumbien	14
Kongo, Demokratische Republik	1
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	147
Libanon	63
Liberia	1
Malaysia	1
Marokko	12
Mazedonien, ehem. jug. Republik	441
Moldau, Republik	88
Mongolei	18
Montenegro	64
Myanmar	1
Nepal	2
Nicaragua	1
Niger	1
Nigeria	38
Pakistan	91
Palästinensische Autonomiegebiete	9
Polen	1
Rumänien	2
Russische Föderation	273
Sambia	1
Saudi-Arabien, Königreich	1
Senegal	4
Serbien	478
Sierra Leone, Republik	2
Simbabwe	2
Somalia	6
Sri Lanka	1
Sudan	18
Syrien, Arabische Republik	10
Tadschikistan	85
Taiwan	1

Staatsangehörigkeit	Q1
Thailand	2
Tschechische Republik	3
Tunesien	23
Türkei	70
Uganda	2
Ukraine	205
Venezuela, Bolivarische Republik	1
Vereinigte Staaten von Amerika	2
Vietnam	7
Weißrussland	22
Gesamt	4.458

Anlage 2
 StarthilfePlus 2017
 Bewilligte Fälle
 2.1 Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
 Februar – Dezember 2017

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	GE-SAMT
Afghanistan	235	406	173	137	951
Ägypten	5	18	11	13	47
Algerien	18	35	43	42	138
Armenien	9	159	164	120	452
Aserbajdschan	67	132	163	108	470
Äthiopien	1	16	10	13	40
Bangladesch	6	18	12	10	46
Benin	1	4	2	2	9
Burkina Faso	0	3	0	2	5
China, Volksrepublik	6	32	37	41	116
Elfenbeinküste	0	3	2	1	6
Gambia	7	16	15	3	41
Georgien	51	260	292	161	764
Ghana	9	11	16	9	45
Guinea, Republik	1	9	6	6	22
Guinea-Bissau	1	0	2	0	3
Indien	23	65	80	61	229
Irak	415	905	663	278	2.261
Iran, Islamische Republik	158	234	175	166	733
Kamerun	0	3	0	0	3
Kenia	0	1	0	2	3
Kongo, Demokratische Republik	0	0	0	1	1
Libanon	25	68	114	47	254
Mali, Republik	0	2	1	2	5
Marokko	9	19	5	20	53
Mongolei	1	20	61	9	91
Niger	0	1	0	1	2
Nigeria	20	46	34	29	129
Pakistan	42	86	111	77	316
Palästinensische Autonomiegebiete	1	9	16	4	30
Russische Föderation	107	396	492	312	1.307

Staatsangehörigkeit	Q1	Q2	Q3	Q4	GE- SAMT
Senegal	1	3	8	9	21
Sierra Leone, Republik	0	4	1	1	6
Somalia	3	6	7	6	22
Sri Lanka	5	1	3	5	14
Sudan	5	13	9	13	40
Syrien, Arabische Republik	2	1	6	8	17
Tadschikistan	7	33	102	78	220
Togo	0	2	1	1	4
Tunesien	3	18	12	5	38
Türkei	9	36	49	13	107
Ukraine	102	268	340	204	914
Vietnam	0	12	11	2	25
Gesamt	1.355	3.374	3.249	2.022	10.000

StarthilfePlus 2018
Bewilligte Fälle
2.2 Aufstellung nach Staatsangehörigkeit unabhängig vom Zielland
01/01/2018 – 31/03/2018

Staatsangehörigkeit	Q1
Afghanistan	85
Ägypten	6
Albanien	26
Algerien	68
Armenien	61
Aserbaidshon	134
Äthiopien	3
Bangladesch	16
Benin	1
Botsuana	1
China, Volksrepublik	26
Elfenbeinküste	1
Eritrea	2
Gambia	9
Georgien	57
Ghana	7
Guinea, Republik	7
Indien	30
Irak	342
Iran, Islamische Republik	132
Kenia	3
Libanon	47
Marokko	5
Mongolei	7
Niger	1
Nigeria	25
Pakistan	45
Palästinensische Autonomiegebiete	9
Russische Föderation	189
Senegal	2
Serbien	37
Sierra Leone, Republik	2
Somalia	4

Staatsangehörigkeit	Q1
Sudan	11
Syrien, Arabische Republik	5
Tadschikistan	74
Tunesien	11
Türkei	36
Ukraine	88
Vietnam	3
Gesamt	1.618

StarthilfePlus 2017
Bewilligte Fälle
2.3 Aufstellung nach Förderstufen
Februar – Dezember 2017

Förderstufe	Q1	Q2	Q3	Q4	GESAMT
Stufe 1	407	505	238	176	1.326
Stufe 2	118	364	246	137	865
Stufe Ü	830	2.505	2.765	1.674	7.774
Stufe S				35	35
Gesamt	1.355	3.374	3.249	2.022	10.000

StarthilfePlus 2018
Bewilligte Fälle
2.4 Aufstellung nach Förderstufen
01/01/2018 – 31/03/2018

Förderstufe	Q1
Stufe 1	259
Stufe 2	900
Stufe Ü *)	298
Stufe D	63
Stufe S	98
Gesamt	1.618

_(*) Stufe Ü:

Die unter Stufe Ü aufgeführte Personen haben einen Antrag auf Förderung noch bis einschl. Dezember 2017 gestellt, die Ausreise findet im Jahr 2018 statt.

Anlage 3: Abholquote zweite Rate StarthilfePlus im Zielland für
Ausreisen im Jahr 2017 (Stand 15.04.2018) *vorläufige Zahlen

Zielland	Ausreisen gesamt	Zahl der Personen	Prozentual
Afghanistan	950	423	45
Ägypten	46	22	48
Algerien	138	28	20
Armenien	452	321	71
Aserbajdschan	469	293	62
Äthiopien	39	20	51
Australien	1	1	100
Bangladesch	46	20	43
Benin	9	7	78
Burkina Faso	5	5	100
China, Volksrepublik	115	25	22
Elfenbeinküste	6	3	50
Gambia	41	24	59
Georgien	771	584	76
Ghana	45	27	60
Guinea, Republik	22	15	68
Guinea-Bissau	3	1	33
Indien	228	143	63
Irak	2265	1571	69
Iran, Islamische Republik	730	393	54
Kamerun	3	0	0
Kanada	9	1	11
Kasachstan	1	0	0
Kenia	3	2	67
Kirgisistan	1	1	100
Kongo, Demokratische Republik	1	0	0
Libanon	267	183	69
Mali, Republik	5	2	40
Marokko	53	31	58
Mongolei	91	79	87
Niger	2	1	50
Nigeria	129	46	36
Pakistan	316	186	59

Zielland	Ausreisen gesamt	Zahl der Personen	Prozentual
Palästinensische Autonomiegebiete	17	7	41
Russische Föderation	1297	953	73
Senegal	20	3	15
Sierra Leone, Republik	6	4	67
Somalia	22	7	32
Sri Lanka	14	7	50
Südafrika	1	0	0
Sudan	41	19	46
Tadschikistan	217	125	58
Togo	4	2	50
Tunesien	38	26	68
Türkei	108	63	58
Ukraine	917	646	70
Vereinigte Staaten von Amerika	8	5	63
Vietnam	25	21	84
Weißrussland	3	2	67
Gesamt:	10000	6348	63